

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Bauministerkonferenz verständigt sich zu Beginn der Sitzung darauf, abweichend von der Tagesordnung die TOPs 16, 17 und 19 nach TOP 2 zu beraten.

**Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund**

**TOP 1: Genehmigung der Niederschrift über die 110. Bauministerkonferenz am
2./3. Dezember 2004 in Rostock**

Die Bauministerkonferenz genehmigt die Niederschrift.

**Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund**

TOP 2: Bericht des Bundes und allgemeine Aussprache

Die Bauministerkonferenz fasst keinen Beschluss.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

TOP 3: Auswirkungen des demographischen Wandels auf Wohnungs- und Städtebau

Die Bauministerkonferenz fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Bauminister und -senatoren der Länder bekennen sich zu der sich aus dem demographischen Wandel ergebenden großen Verantwortung. Sie sind entschlossen, im jeweiligen Zuständigkeitsbereich in engem Zusammenwirken von Städte- und Wohnungsbau die notwendigen Handlungsoptionen festzustellen und die verfügbaren Gestaltungsmöglichkeiten konsequent auszuschöpfen. Die jeweiligen Erfahrungen in den einzelnen Ländern sollen dazu im Rahmen bestehender Gremien ausgetauscht werden.

**Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund**

TOP 4: Entwicklungen im Bereich EU

a) Entwicklungen im Bereich der Bauproduktenrichtlinie (BPR)

Die Bauministerkonferenz fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Bauministerkonferenz nimmt den Bericht des EU-Referenten zustimmend zur Kenntnis.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

b) Sonstige Entwicklungen im Bereich der EU

Die Bauministerkonferenz fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Bauministerkonferenz nimmt den vorgelegten Bericht zur Kenntnis.

Außerdem zu TOP 4b / IV

bei Abstimmung der Ziffern 1-4 im Block (einstimmig) sowie der Ziffer 5 (9:4:3)

1. Die Bauministerkonferenz bekräftigt, dass in den Bereichen Städte- und Wohnungsbau generell keine Gemeinschaftskompetenzen der Europäischen Union bestehen und sich dies auch durch den Europäischen Verfassungsvertrag nicht ändert. Mögliche Auswirkungen des demografischen Wandels auf die städtische Dimension und entsprechende Maßnahmen fallen in die alleinige Kompetenz der Mitgliedstaaten.
2. Die Bauministerkonferenz weist darauf hin, dass – soweit die Kommission einen Zusammenhang zwischen der niedrigen Geburtenrate und einem unzureichenden Angebot an preisgünstigem Wohnraum herstellt und entsprechenden Handlungsbedarf sieht – die Versorgung von Haushalten, die sich am Markt nicht angemessen mit preisgünstigem Wohnraum versorgen können, ausschließlich Angelegenheit des Bundes bzw. der Länder ist.
3. Die Bauministerkonferenz weist darauf hin, dass die demografische Entwicklung bereits heute teilweise zur Verschärfung der Probleme in städtischen Räumen beiträgt und dabei die bereits vorhandenen Auswirkungen des wirtschaftlichen Strukturwandels überlagert. Sie spricht sich dafür aus, dass die Auswirkungen der demografischen Entwicklung verstärkt in der EU-Förderpolitik, insbesondere auch bei der Ausgestaltung der Strukturfonds, berücksichtigt werden müssen.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

4. Die Bundesregierung wird gebeten, in den weiteren Verhandlungen darauf hinzuwirken, dass die konkreten Auswirkungen des demografischen Wandels im Bereich städtischer Gebiete zukünftig mit EU-Strukturfondsmitteln unterstützt werden können. Notwendige Aufwendungen für die Anpassung der technischen und sozialen städtischen Infrastruktur müssen hierbei ebenfalls Berücksichtigung finden.
5. Die Bauministerkonferenz weist darauf hin, dass – soweit die Kommission in der Ausdehnung von Antidiskriminierungsvorschriften einen Beitrag zugunsten von Integration und Chancengleichheit von Zuwanderern sieht – eine weitere Ausdehnung der Antidiskriminierungsvorschriften gerade auch für den Bereich der Vermietung zu unnötigen, die Investitionsbereitschaft hemmenden Restriktionen führt und die Gefahr birgt, dass die Antidiskriminierungsregelungen sich in der Praxis gegen die betroffenen Personengruppen wenden und der beabsichtigte Schutz dadurch in sein Gegenteil verkehrt wird.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

**c) Stadtentwicklungspolitische Perspektiven einer Europäischen
Strukturpolitik (Sachstandsbericht)**

Die Bauministerkonferenz fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die Bauministerkonferenz nimmt den Bericht ihres EU-Referenten zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Bauregierungsstellen der Länder nehmen die notwendigen Schritte zur Einbringung ihrer spezifischen Positionen in einen strategischen Rahmenplan (vgl. Bericht / Ziff. VII.) zur Kenntnis.
3. Die Bauministerkonferenz verweist erneut auf die herausragende Bedeutung der Verankerung der städtischen Dimension in einem nationalen Programmdokument zur Strukturförderung.
4. Die Wirtschaftsminister und -senatoren der Länder, die zugleich Strukturfondsverwaltungsbehörden der Länder sind, werden gebeten, sich im Rahmen des Programmaufstellungsverfahrens gegenüber der Bundesregierung für eine hinreichende Berücksichtigung der städtischen Dimension im nationalen Planungsdokument einzusetzen.
5. Der Vorsitzende der Bauministerkonferenz wird gebeten, den Vorsitzenden der Konferenz der Wirtschaftsminister und -senatoren der Länder von diesem Beschluss der Bauministerkonferenz zu informieren.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

TOP 5: EU-Förderperiode 2007-2013

Die Bauministerkonferenz fasst bei einer Enthaltung (BW) folgenden

Beschluss:

1. Die Bauministerkonferenz nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Bauministerkonferenz fordert die Bundesregierung auf, bei der Umsetzung der europäischen Strukturpolitik (EU-Förderperiode 2007-2013) im einzelstaatlichen strategischen Rahmenplan die „städtische Dimension“ mit der Stadtentwicklung als integrierender Klammer verschiedener Förderbereiche einerseits sowie die Förderung der Grenzregionen zu den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union andererseits besonders zu berücksichtigen.
Außerdem sollte zur nachhaltigen Umsetzung der städtischen Dimension eine Mittelquotierung für städtische Programme von mindestens 10 Prozent in den Rahmenplan aufgenommen werden.
3. Die Bauministerkonferenz bittet die Bundesregierung des Weiteren, darauf hinzuwirken, dass bei der gemäß Artikel 8 Abs. 1 des Entwurfs der EFRE-Verordnung beabsichtigten Förderung der Entwicklung von partizipativen, integrierten Strategien, mit denen der starken Konzentration von wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Problemen in den städtischen Ballungsgebieten begegnet werden soll, die Siedlungsstruktur Deutschlands ausreichend berücksichtigt wird.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

TOP 6: **Zwischenevaluierung des Programms Stadtumbau Ost**

Die Bauministerkonferenz fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Die Bauministerkonferenz spricht sich für eine länderübergreifende Zwischenevaluierung des Programms Stadtumbau Ost aus. Sie geht davon aus, dass im Ergebnis dieser Evaluierung auch Handlungsempfehlungen zur Fortentwicklung des Programms aufgezeigt werden.
2. Die Bauministerkonferenz geht davon aus, dass der Bund die Konkretisierung der Zwischenevaluierung mit den Ländern abstimmt. Hierzu sollte eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Bundes und der Länder gebildet werden. Die Erfahrungen und Vorleistungen der Länder im Rahmen der Wirkungsbeobachtung sind einzubeziehen.
3. Die Bauministerkonferenz weist darauf hin, dass eine qualifizierte Evaluierung einer fundierten empirischen Basis bedarf, die sich sowohl auf quantitative als auch qualitative Daten bezieht. In verschiedenen Ländern wurden bereits erste Überlegungen für entsprechende Monitoringprozesse angestellt. Die Bauministerkonferenz bittet den Bund, dass im Rahmen zukünftiger Verwaltungsvereinbarungen weitergehende Regelungen zur Begleitforschung vorgesehen werden, die der Finanzierung der Begleitforschung des Bundes entsprechen.

**Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund**

TOP 7: Konsequenzen aus Hartz IV

Die Bauministerkonferenz fasst keinen Beschluss.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

TOP 8: Verbesserung der Statistiken mit Relevanz für die Wohnungspolitik

Die Bauministerkonferenz fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Vorsitzende der Bauministerkonferenz wird gebeten, in einem weiteren Schreiben an den Vorsitzenden der Innenministerkonferenz zu fordern, dass der Merkmalskatalog für den registergestützten Zensus im weiteren Verfahren mit den Nutzer-Ressorts abgestimmt wird, um die wohnungswirtschaftlichen Interessen zu wahren sowie den Vorsitzenden der Innenministerkonferenz zu bitten, den Vorsitzenden der Bauministerkonferenz im weiteren Verfahren regelmäßig zu informieren. Im Hinblick auf das Vorschaltgesetz zum Zensusgesetz soll der Vorsitzende der Innenministerkonferenz um frühzeitige und umfassende Abstimmung mit den Fachressorts der Länder gebeten werden.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

TOP 9: Antidiskriminierungsgesetz

Die Bauministerkonferenz fasst folgenden (ohne HH)

Beschluss:

Zur Beschlussfassung steht der Vorschlag Bayerns (Ablehnung 6:6:3):

1. Die Bauministerkonferenz appelliert an die im Bundestag vertretenen Fraktionen, bei der Umsetzung der Richtlinie 2000/43/EG die Privatautonomie nicht in einer über das Europarecht hinausgehenden Weise zu beschränken. Insbesondere sind Restriktionen für die Wohnungswirtschaft und den Wohnungsmarkt zu vermeiden, die zur Überregulierung und zur Beeinträchtigung der Investitionsbereitschaft führen könnten. Die Mieterauswahl darf – insbesondere auch vor dem Hintergrund der Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen – nicht durch neue und über das Europarecht hinausgehende Diskriminierungsverbote behindert werden.
2. Die Bauministerkonferenz ist der Auffassung, dass folgenden wohnungspolitischen Anliegen auch in dem jetzt zur Beschlussfassung vorliegenden Änderungsantrag zum ursprünglichen Gesetzentwurf (Drs. 15 /4538) nicht ausreichend Rechnung getragen wird:
 - Die Umsetzung der Richtlinie hinsichtlich der Vermietung von Wohnraum darf nicht über die europarechtlichen Vorgaben zur Unzulässigkeit einer Diskriminierung aufgrund der Merkmale „Rasse“ und „ethnische Herkunft“ hinausgehen.
 - Das integrationsfördernde Ziel der Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen muss unter der Berücksichtigung der engen Vorgaben der Richtlinie für alle Wohnungsanbieter praktikabel umgesetzt werden.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

Anschließendender Vorschlag Bremen (15:0:0):

Die Bauministerkonferenz appelliert an die im Bundestag vertretenen Fraktionen, bei der Umsetzung der Richtlinie 2000/43/EG die Privatautonomie nicht in einer über das Europarecht hinausgehenden Weise zu beschränken.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

TOP 10: **REITs (Real Estate Investment Trusts)**

Die Bauministerkonferenz fasst einstimmig folgenden (ohne HH)

Beschluss:

1. Die Bauminister und -senatoren der Länder halten bei der Diskussion um die Einführung von REITs neben den steuerrechtlichen auch die wohnungs- und stadtentwicklungspolitischen Aspekte für unverzichtbar. Sie erwarten eine Beteiligung der Bauressorts von Bund und Ländern an den weiteren vorbereitenden Fachgesprächen der Finanzressorts zur Einführung der REITs.
2. Die Bauministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, die in der Anlage des Berichts beigefügten Schreiben an den Bundesminister der Finanzen und den Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zu übermitteln.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

TOP 11: Umsetzung der Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie 2002/91/EG

Die Bauministerkonferenz fasst einstimmig folgenden (ohne HH)

Beschluss:

1. Um die Energieeffizienzrichtlinie möglichst fristgerecht zum Januar 2006 umzusetzen, bittet die Bauministerkonferenz Bundestag und Bundesrat die Novelle des Energieeinsparungsgesetzes noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Die Eckwerte eines künftigen Referentenentwurfs der Energieeinsparverordnung sollen bereits jetzt parallel auf Fachebene zwischen Bund und Ländern abgestimmt werden.
2. Die Bauministerkonferenz bittet den Bund, eine Wahlmöglichkeit hinsichtlich der Verbrauchs- bzw. Bedarfsorientierung bei den zukünftigen Energiepässen sowie eine großzügige Übergangsregelung bei der Einführung der Ausweise vorzusehen. Bereits erstellte Energieausweise auf der Basis der EnEV 2002 sollten anerkannt werden.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

TOP 12: Gaststätten- und Baurecht

Die Bauministerkonferenz fasst folgenden (ohne HH)

Beschluss:

1. Die Bauministerkonferenz nimmt den Bericht über die Ergebnisse des Arbeitskreises „Gaststätten- und Baurecht“ zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Bauministerkonferenz befürwortet – in Übereinstimmung mit der Wirtschaftsministerkonferenz – die Rückführung der gaststättenrechtlichen Erlaubnis auf eine reine Personalkonzession unter gleichzeitiger Deregulierung der anlagenbezogenen gaststättenrechtlichen Anforderungen. Sie bittet den Bund, die dafür erforderlichen gesetzgeberischen Schritte zügig noch in der laufenden Legislaturperiode einzuleiten.
3. Der Vorsitzende wird gebeten, den Vorsitzenden der Wirtschaftsministerkonferenz und den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit von diesem Beschluss zu unterrichten.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

**TOP 13: Auswirkungen von Bachelor- und Masterstudiengängen auf die
Architekten-/Ingenieur(kammer-)gesetze der Länder**

Die Bauministerkonferenz fasst mehrheitlich (11:3:1) folgenden (ohne HH)

Beschluss:

1. Die Bauministerkonferenz nimmt den Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Bauministerkonferenz beschließt, das Musterarchitektengesetz entsprechend der Anlage 2 des Projektgruppen-Berichts zu ändern.
3. Die Bauministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, den Vorsitzenden der Wirtschaftsministerkonferenz über diesen Beschluss zu unterrichten.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

TOP 14: **Grundsätze und Verfahren für die Zusammenarbeit der Länder – MPK-**
Beschluss vom 15./16. Dezember 2004

Die Bauministerkonferenz fasst einstimmig folgenden (ohne HH)

Beschluss:

Die Bauministerkonferenz nimmt den Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen zustimmend zur Kenntnis.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

TOP 15: OSCI-XBau-Standard

Die Bauministerkonferenz fasst einstimmig folgenden (ohne HH)

Beschluss:

1. Die Bauministerkonferenz ist der Auffassung, dass im Zuge der zunehmenden Entwicklung elektronischer bauaufsichtlicher Verfahren ein einheitlicher Standard für Datenformate sinnvoll ist.
2. Die Bauministerkonferenz nimmt den Bericht zum Stand von XBau (Version 1.0 vom 31.12.2003) zustimmend zur Kenntnis.
3. Die Bauministerkonferenz empfiehlt, XBau beim Einsatz und der Entwicklung fachspezifischer Austauschstandards und Anwendungen zu Grunde zu legen.
4. Die Bauministerkonferenz betont, dass XBau nur dann nachhaltig geeignet ist, wenn eine kontinuierliche Qualitätssicherung und ein einheitlicher Ausbau des Standards im Rahmen der Initiative Deutschland Online erfolgen.
5. Die Bauministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, den Senator für Finanzen und den Senator für Bau, Umwelt und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen über den Beschluss der Bauministerkonferenz zu unterrichten.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

TOP 16: **Wahl der Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden der Bauministerkonferenz für die Jahre 2006 und 2007**

Die Bauministerkonferenz fasst in getrennten Wahlgängen (bei Enthaltung Niedersachsens bzw. Mecklenburg-Vorpommerns) folgenden

Beschluss:

Die Bauministerkonferenz wählt für die Kalenderjahre 2006 und 2007 Frau Dr. Ursula von der Leyen, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, zur Vorsitzenden und Herrn Helmut Holter, Minister für Arbeit, Bau und Landesentwicklung, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Bauministerkonferenz.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

TOP 17: Bestätigung der Wahl des Vorsitzenden des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesens sowie seines Stellvertreters

Die Bauministerkonferenz fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Bauministerkonferenz bestätigt die Wahl von Herrn Mdgt. Prof. Dr. Jürgen Namysloh, Sächsisches Staatsministerium des Innern, zum Vorsitzenden des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen sowie Herrn AL Wolf Schulgen, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

TOP 18: Verschiedenes / Berichte des Vorsitzenden / Umlaufbeschlüsse

- a) **Umlaufbeschluss: Jahresnachweis der Geschäftsstelle der Bauministerkonferenz für das Haushaltsjahr 2004 und Wirtschaftsplan der Bauministerkonferenz für den Doppelhaushalt 2006/2007**

Der Vorsitzende der Bauministerkonferenz, Minister Holter (MV), informiert über den Umlaufbeschluss zum Jahresnachweis der Geschäftsstelle der Bauministerkonferenz für das Haushaltsjahr 2004 und zum Wirtschaftsplan der Bauministerkonferenz für den Doppelhaushalt 2006/2007. Der Umlaufbeschluss sei durch Ablauf der gesetzten Frist am 17. März 2005 zustande gekommen.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass die Haushaltskommission der Finanzministerkonferenz (FMK) der Geschäftsstelle mitgeteilt habe, dass der Ansatz im Titel 42501 (Vergütungen der Angestellten) für 2006/2007 von 61.000 auf 51.000 Euro gesenkt werden solle. Dies habe die Haushaltskommission per Umlauf beschlossen und werde es der FMK am 23.6. zur Beschlussfassung vorlegen.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

b) Umlaufbeschluss: Zuwendungen der Länder zur Finanzierung der Normungsarbeit zu bauaufsichtlichen Themen für die Haushaltsjahre 2006/2007

Der Vorsitzende der Bauministerkonferenz, Minister Holter (MV), berichtet, dass die Bauministerkonferenz im Wege des Umlaufverfahrens dem folgenden Beschlussvorschlag gefolgt sei (Fristablauf 2. Mai 2005):

Beschluss:

1. Die Ministerkonferenz billigt, dass die Länder für die Haushaltsjahre 2006 und 2007 jeweils 836.259,84 Euro an das Deutsche Institut für Normung zahlen. Der Antrag ist auf der Grundlage des § 2 Abs. 1 des Vertrages der Länder mit dem DIN ermittelt worden.
2. Der Vorsitzende der Bauministerkonferenz wird gebeten, die nach § 2 Abs. 1 Satz 5 des Vertrages der Länder mit dem DIN erforderliche Zustimmung der Finanzministerkonferenz einzuholen.

**Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund**

c) Neuordnung des Anerkennungs- und Akkreditierungswesens

Die Bauministerkonferenz fasst einstimmig folgenden (ohne HH)

Beschluss:

Die Bauministerkonferenz bittet ihren Vorsitzenden, das als Anlage des Berichts beigefügte Schreiben an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit zu übermitteln.

Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund

- d) **Schreiben des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz an die Fachministerkonferenzen vom 19.05.2005 – Vertiefung der Kontakte mit der Europäischen Kommission**

Die Bauministerkonferenz fasst einstimmig folgenden (ohne HH)

Beschluss:

Der Vorsitzende der Bauministerkonferenz wird gebeten, zusammen mit dem neuen Vorsitzland Niedersachsen, der Geschäftsstelle und dem EU-Referenten zu prüfen und abzustimmen, ob im Frühjahr 2006 eine Bauministerkonferenz mit den für die Belange der Bauministerkonferenz zuständigen EU-Kommissaren (evtl. in der niedersächsischen oder bayerischen Landesvertretung in Brüssel) stattfinden kann.

**Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund**

e) Kindergerechtes Deutschland

Der Vorsitzende der Bauministerkonferenz, Minister Holter (MV), stellt Einvernehmen fest, dass sich die Fachgremien der Bauministerkonferenz mit dem Anliegen Hessens befassen sollen.

**Niederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 9./10. Juni 2005 in Stralsund**

TOP 19: Ort und Termin der nächsten Bauministerkonferenz

Die nächste Bauministerkonferenz findet voraussichtlich am
28./29. September 2006 in Celle statt.